
**Beschluss über eine gemeinsame Reaktion der Europäischen Union auf die
sich wandelnde geopolitische Lage als Folge der neuen außenpolitischen
Strategie der Vereinigten Staaten von Amerika**

**Ausschuss für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung,
Zusammenarbeit und Immigration**
(Übersetzte Fassung)

Das Jugendparlament Luxemburg hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich mit den wichtigsten aktuellen Themen auseinanderzusetzen. Im Vordergrund steht dabei die Frage der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und ihrem amerikanischen Verbündeten, die eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der luxemburgischen Außenpolitik spielen.

Der Regierungswechsel jenseits des Atlantiks, der derzeit im Mittelpunkt der europäischen politischen Debatten steht, ist ein zentraler Faktor für die Entwicklung der internationalen geopolitischen Lage. Diese zwingt die europäischen Länder dazu, ihre Außenpolitik an ein sich wandelndes politisches Klima anzupassen. Der Rückzug der US-Regierung aus bestimmten internationalen Verträgen, ihre zunehmend aggressive Haltung gegenüber souveränen Staaten, ihre Missachtung der Richter*innen des Internationalen Gerichtshofs und ihre Äußerungen zur Zukunft der Beziehungen zum alten Kontinent stellen das Bündnissystem aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg infrage und zwingen die Mitgliedstaaten, ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika zu verringern. Jede Veränderung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika erfordert jedoch wohlüberlegte und umfassende Maßnahmen.

Im Bewusstsein der mit einer Neugestaltung der europäischen Außenpolitik verbundenen Herausforderungen und Risiken hat sich der Ausschuss für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung, Zusammenarbeit und Immigration des Jugendparlaments bemüht, eine entschlossene und kohärente Position zu vertreten. Dabei befasst er sich mit den folgenden entscheidenden Fragen: Wie kann die europäische Sicherheit ohne die Garantie eines amerikanischen Schutzes gewährleistet werden? Wie kann die Souveränität der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigt werden? Wie kann der Fortbestand der NATO vor dem Hintergrund eines Rückzugs der USA gewährleistet werden? Und schließlich: Wie kann die historische Freundschaft

zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bewahrt werden?

Mit seinem Beschluss zielt der AFET-Ausschuss darauf ab, die wirtschaftliche, militärische und diplomatische Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch klare und wirksame Maßnahmen zu stärken.

In Erwägung nachstehender Gründe:

- A. Das Jugendparlament ist beunruhigt über die provokativen Äußerungen der Vereinigten Staaten von Amerika, insbesondere jene, in denen Interesse am Erwerb von Gebieten wie Grönland bekundet wird¹, und ist sich der potentiellen Auswirkungen solcher Ansprüche auf die territoriale Souveränität Europas bewusst.
- B. Das Jugendparlament ist besorgt über das Fehlen einer klaren institutionellen Position der NATO gegenüber den territorialen Ansprüchen einiger ihrer Mitgliedstaaten² und unterstreicht die Bedeutung des diplomatischen Dialogs, um jegliche Beeinträchtigung des Grundsatzes der staatlichen Souveränität zu vermeiden.
- C. Das Jugendparlament ist besorgt über die zunehmenden Risiken im Bereich der digitalen Sicherheit, insbesondere:
 - 1. die dominante Stellung ausländischer, insbesondere amerikanischer Akteure in strategischen Technologiebereichen wie der künstlichen Intelligenz³, der Raumfahrt⁴ und digitalen Technologien,⁵
 - 2. die Abhängigkeit europäischer Institutionen von ausländischen Technologiediensten, wodurch sensible Daten extraterritorialen Rechtsvorschriften unterworfen werden,⁶
 - 3. die Verwundbarkeit Europas infolge der Abhängigkeit von ausländischen Infrastrukturen in den Bereichen Satellitenaufklärung⁷ und Cyberabwehr, deren Verfügbarkeit im Falle internationaler Spannungen eingeschränkt werden könnte.

¹ <https://www.bbc.com/news/articles/c74x4m71pmjo>

² <https://www.nytimes.com/2026/01/14/world/europe/trump-greenland-nato.html>

³ <https://www.bbc.com/news/articles/c145enxn0go>

⁴ <https://www.wsj.com/opinion/america-reclaims-its-dominance-in-space-b5a9f74d>

⁵ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2026/feb/17/europeans-are-dangerously-reliant-on-us-tech-now-is-a-good-time-to-build-our-own>

⁶ <https://www.politico.eu/article/eu-capitals-deleting-us-technology-not-realistic/>

⁷ <https://www.swp-berlin.org/en/publication/european-autonomy-in-space>

- D. Das Jugendparlament nimmt die wirtschaftlichen Auswirkungen der von den Vereinigten Staaten verhängten Zölle auf die europäischen Volkswirtschaften⁸ sowie des Fehlens einer gemeinsamen europäischen Position gegenüber diesen Maßnahmen zur Kenntnis.
- E. Das Jugendparlament ist sich der Risiken, die eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten mit sich bringt bewusst, insbesondere:⁹
1. eine mangelnde Vielfalt der Handelspartner,
 2. Schwachstellen in den kritischen Lieferketten der EU,
 3. eine schlechte Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten.
- F. Das Jugendparlament ist beunruhigt über die politische Bedrohung, die die amerikanische „Nationale Sicherheitsstrategie“ von 2025 für das europäische demokratische System darstellt, da sie durch Formulierungen wie „Loss of national identity“, „Europe to remain European“, „Patriotic European parties“ oder „Civilisation erasure“ einen möglichen Willen zur Einmischung in europäische politische Angelegenheiten erkennen lässt.¹⁰
- G. Das Jugendparlament ist tief besorgt über die starke militärische Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten¹¹ in Bezug auf kritische Fähigkeiten wie Nachrichtendienst, strategische Transportkapazitäten, nukleare Abschreckung sowie Weltraumkapazitäten und erkennt an, dass diese Abhängigkeit die Fähigkeit Europas einschränkt, außerhalb des NATO-Rahmens eigenständig zu handeln.
- H. Das Jugendparlament hat mit Bedauern die Einrichtung eines „Friedensrats“ durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Kenntnis genommen und dabei die unverhältnismäßige Macht festgestellt, die ihm sein Status als Präsident auf Lebenszeit verleiht.¹²
- I. Das Jugendparlament weist auf das Engagement Luxemburgs in den Vereinten Nationen und in der NATO¹³ hin:
1. Das Jugendparlament erkennt die Bedeutung des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts¹⁴ an.

⁸ https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/macroeconomic-effects-us-tariff-hikes_en

⁹ <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj/eng>

¹⁰ <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>

¹¹ <https://www.france24.com/en/europe/20250310-how-dependent-are-europe-s-militaries-on-the-us>

¹² https://www.lemonde.fr/international/article/2026/02/18/les-objectifs-flous-du-conseil-de-la-paix-de-donald-trump_6667226_3210.html

¹³ <https://mae.gouvernement.lu/fr/directions-du-ministere/affaires-politiques/relations-internationales.html>

¹⁴ <https://casebook.icrc.org/case-study/luxembourg-law-cooperation-international-criminal-courts>

2. Das Jugendparlament unterstützt die Souveränität der Nationen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.¹⁵
3. Das Jugendparlament hebt die Bedeutung der grundlegenden Menschenrechte hervor und weist auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)¹⁶ hin.
- J. Das Jugendparlament ist besorgt über die Missachtung des Völkerrechts und der Verträge der Vereinten Nationen durch die Vereinigten Staaten von Amerika¹⁷, beispielsweise der Charta der Vereinten Nationen (Artikel 1, 2(4) und 55), der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs, des bilateralen Sicherheitsabkommens von 2024, der Verpflichtungen im Rahmen der WTO, des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (Kapitel III), der Resolution 1593 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) (Artikel 9) sowie der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2002 zum „Haftbefehl“.¹⁸

Das Jugendparlament:

1. fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, ein Dokument zur politischen Abstimmung zu verfassen, um:
 - a. das Interesse der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten an einem möglichen Erwerb Grönlands sowie die potentiellen Folgen solcher Ansprüche entschieden zu verurteilen,
 - b. den diplomatischen Dialog mit den Vereinigten Staaten sowie allen von diesen Spannungen betroffenen Parteien zu verstärken.
2. fordert das Sekretariat der NATO auf, gegenüber territorialen Bedrohungen zwischen Mitgliedstaaten eine entschiedenere Haltung einzunehmen und die Ausübung wirtschaftlichen und politischen Drucks zu verurteilen, um die Gefahr von Zwang innerhalb des Bündnisses zu begrenzen.
3. **(A)** bekräftigt die Bedeutung unabhängiger europäischer Dienste, die die europäische Sicherheit und Souveränität in Schlüsselbereichen wie Finanzen, sozialen Netzwerken und Technologie stärken.

¹⁵ <https://docs.un.org/en/E/CN.4/Sub.2/404/Rev.1>

¹⁶ <https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights>

¹⁷ <https://verfassungsblog.de/international-law-violations-trump-administration/>

¹⁸ <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/01/un-experts-condemn-us-aggression-against-venezuela>

- (B) fordert die Europäische Union auf, ihre technologische und digitale Autonomie zu stärken, indem sie:
- a. die Entwicklung sicherer europäischer Infrastrukturen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Cloud und Weltraumtechnologien, insbesondere durch die EIB und den EIF, unterstützt,
 - b. die Abhängigkeit der europäischen Institutionen von technologischen Diensten, die extraterritorialen Rechtsvorschriften unterliegen, verringert und den Schutz sensibler Daten stärkt,
 - c. in autonome europäische Kapazitäten in den Bereichen Satellitenaufklärung und Cybersicherheit investiert, um strategische Schwachstellen im Falle internationaler Spannungen zu begrenzen,
 - d. Gründerzentren und andere Programme stärkt, die es Start-ups aus dem Technologiesektor, insbesondere solchen mit Sitz in Luxemburg, ermöglichen, sich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu entwickeln.
4. fordert die Europäische Union auf, eine entschlossene Haltung gegenüber den von den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen einzunehmen. Dazu soll sie eine gemeinsame Reaktion aller Mitgliedstaaten auf aktuelle und künftige Zollmaßnahmen koordinieren. Insbesondere soll sie dabei bestehende europäische Handelsinstrumente wie das Anti-Zwangs-Instrument (ACI) einsetzen, um die wirtschaftlichen Interessen Europas zu schützen.
5. fordert Luxemburg sowie die Europäische Union auf, ihre wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken, indem sie:
- a. ihre Handelspartnerschaften mit anderen strategischen Regionen, insbesondere mit Ländern in Südamerika, Afrika und Asien, diversifizieren,
 - b. kritische Lieferketten innerhalb der Europäischen Union sichern und teilweise zurückverlagern,
 - c. die Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf Handelsstrategien und den Umgang mit strategischen Abhängigkeiten verbessern.
6. fordert die Europäische Union auf, ihr Bekenntnis zu den in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Grundwerten, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, der Demokratie, der Gleichheit und der Grundrechte, zu bekräftigen und in ihren Außenbeziehungen einen auf Rechtsstaatlichkeit basierenden Standpunkt einzunehmen.
7. fordert die Europäische Union auf, die bestehenden Mechanismen zur Aufdeckung und Meldung ausländischer Einmischung in demokratische Prozesse zu stärken,

insbesondere durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), die speziell für die Überwachung politischer Einflusskampagnen bestimmt sind.

8. fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die europäischen Verteidigungskapazitäten dringend zu stärken, indem sie gemeinsame Kapazitäten in den folgenden Bereichen aufbauen:
 - a. Nachrichtendienst,
 - b. strategischer Transport,¹⁹
 - c. autonomes Krisenmanagement durch die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Verbesserung der operativen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten,
 - d. Verstärkung der Investitionen in kritische Bereiche der Verteidigungsindustrie, um die Abhängigkeit Europas von den militärischen Kapazitäten der Vereinigten Staaten zu verringern.
9. ruft die Europäische Union dazu auf, die Entwicklung neuer institutioneller Strukturen, die sich auf die internationale Stabilität auswirken könnten, aufmerksam zu verfolgen und die Bedeutung von Transparenz und der Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere durch den „Friedensrat“, zu betonen.
10. bittet Luxemburg, alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu aufzufordern, ihren internationalen rechtlichen Verpflichtungen, insbesondere denjenigen, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen sowie den geltenden internationalen Übereinkommen und Beschlüssen ergeben, in vollem Umfang nachzukommen.

Angesichts der aktuellen Spannungen auf der internationalen diplomatischen Bühne betont das Jugendparlament die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, verstärkter Investitionen in die europäische Infrastruktur sowie eines entschlossenen Einsatzes für Menschenrechte und Völkerrecht.

Offensichtlich ist, dass der Status quo nicht mehr tragbar ist und eine Neuausrichtung immer dringlicher wird. Europa muss eine geeinte und starke Front bilden, deren Glaubwürdigkeit nicht infrage gestellt werden darf.

¹⁹ Stärkung, Modernisierung und Sicherung der Nachhaltigkeit logistischer Plattformen sowie strategischer und taktischer logistischer Ressourcen und Festlegung einer Doktrin zum Schutz und zur Gewährleistung der Sicherheit logistischer Ressourcen und Versorgungslinien unter schwierigen Bedingungen und in umkämpften Gebieten.

Die aktuelle geopolitische Lage zwingt uns, uns auf das Schlimmste vorzubereiten, da sie der Europäischen Union das Privileg der Unwissenheit beraubt. Es wird unerlässlich sein, dass wir Widrigkeiten allein bewältigen können, auch wenn unsere langjährigen Bündnisse bestehen bleiben.